

# Corona – Unser Weg der Verantwortung



## 1. Ausgangslage

Um das Virus einzudämmen, sind drastische Schritte notwendig geworden: Schulen, Geschäfte und Einrichtungen wurden geschlossen, Kontaktbeschränkungen angeordnet und das öffentliche Leben heruntergefahren. Denn Baden-Württemberg war und ist besonders betroffen. Unser Ministerpräsident hat früh und entschlossen gehandelt. Im Gegensatz zu Bayern hatten wir jedoch nie Ausgangsverbote oder Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Wir konzentrieren uns auf zielgerichtete Maßnahmen; Einschränkungen gab es nur dort, wo unbedingt erforderlich. Nun können sie vorsichtig und nach und nach wieder gelockert werden. Wir sind froh um die besonnene Vorgehensweise Winfried Kretschmanns, die wir voll und ganz unterstützen.

**Den schrecklichen Verlauf der Pandemie in vielen Ländern der Welt konnten wir bei uns bisher abwenden.** Jetzt gilt es, eine zweite Infektionswelle zu verhindern und unser Gesundheitssystem weiterhin leistungsfähig zu halten. Die Rückkehr zur Normalität erfolgt nun Stück für Stück.

## 2. Wir testen, testen, testen

Baden-Württemberg weitet die Corona-Tests deutlich aus. Wir testen nicht mehr nur Menschen mit Symptomen, sondern auch solche ohne Symptome, die in Kontakt zu Infizierten (gewesen) sind, gehäuft Erkrankungen in ihrem Umfeld haben oder in Kliniken und Pflegeheimen arbeiten. Unser Ziel ist es, künftig wieder jede Infektion und jeden Verdachtsfall einzeln nachverfolgen zu können.

## 3. Wir sind solidarisch – und tragen Maske

Ob Schal, Tuch oder (selbstgemachte) Maske: Auch in Baden-Württemberg gilt „Maske auf“ beim Einkauf oder im ÖPNV. Um die Tröpfcheninfektion zu hemmen und andere vor Ansteckung mit Covid-19 zu schützen, tragen die Menschen eine Stoffbarriere und zeigen Solidarität.

## 4. Wir erforschen die blinden Flecken

Vier Unikliniken im Land untersuchen auf Initiative unseres Ministerpräsidenten in einer Studie, welche Rolle Kinder unter zehn Jahre bei der Virusverbreitung spielen. Erste Zwischenergebnisse liegen bereits vor. Wir nutzen die Stärke unseres Forschungsstandorts und helfen dabei, das Virus besser zu verstehen. Dafür nimmt das Land 1,2 Millionen Euro in die Hand. So schaffen wir die wissenschaftliche Grundlage, um die Wirkung von Schul- und Kita-Öffnungen fundiert bewerten und verantwortungsvoll handeln zu können. Weitere 15 Millionen Euro haben wir für Forschung zu COVID-19 an den Medizinischen Fakultäten zur Verfügung gestellt.

Wir handeln schnell und entschlossen: Was wir bisher erreicht haben, wie wir die Menschen im Land und unsere Unternehmen unterstützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

## 1. Wir haben unser Gesundheitssystem in kürzester Zeit für die Krise gestärkt

Reha-Einrichtungen, Gebäude oder Hotels rüsten wir für Erkrankte mit milderem Verlauf um. Die Zahl der Beatmungsplätze haben wir um ein Vielfaches gesteigert, ebenso die Zahl der normalen Intensivbetten. Daneben haben wir ein zentrales **System für die Verteilung der Beatmungspatient\*innen** im Land geschaffen.

Für das **Beschaffen von medizinischer Ausrüstung und Schutzkleidung** haben wir im Sozialministerium eine eigene – sehr erfolgreiche – Task Force eingerichtet. Diese hat in kurzer Zeit 110 Millionen Schutzartikel beschafft und verteilt, davon 95 Millionen Schutzmasken und davon wiederum 76 Millionen OP-Masken, 19 Millionen FFP2-Masken und 0,6 Millionen FFP3-Masken; dazu kommen noch etwa 3800 Beatmungsgeräte.

Auch beim **medizinischen Personal** können wir auf Verstärkung zählen: 2 000 pensionierte Ärzt\*innen und über 5 000 Studierende, die sich freiwillig gemeldet haben.

In dem Zusammenhang gilt auch:

Freundschaft muss sich gerade in besonders schweren Zeiten bewähren. Wir haben als erstes deutsches Land Patienten aus dem Elsass bei uns aufgenommen, als dort die Kliniken überlastet waren. Andere Länder sind unserem Beispiel gefolgt. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat unserem Land dafür in einem öffentlichen Brief seinen Dank ausgesprochen.

## 2. Wir haben ein Milliardenpaket für Soforthilfen geschnürt

Baden-Württemberg hat als eines der ersten Länder ein Soforthilfe-Programm gestartet und einen finanziellen Rettungsschirm mit bis zu 6,2 Milliarden Euro aufgespannt. Jetzt, in der Krise, zahlt sich die solide Haushaltspolitik der grün-geführten Regierung aus. Baden-Württemberg ist in der Krise finanziell voll handlungsfähig, kann auf ein ordentliches Rücklagen-Polster zurückgreifen und zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen in hohem Maße Kredite aufnehmen, ohne gegen die Schuldenbremse zu verstoßen. So hat der Landtag die Landesregierung ermächtigt, falls erforderlich, Kredite bis zu einer Höhe von fünf Milliarden Euro aufzunehmen.

## 3. Stabilisierungshilfe für unsere Unternehmen

Unsere exportorientierten Unternehmen spüren die Auswirkungen der Corona-Krise massiv. Wir unternehmen alles, um schnell und unbürokratisch Liquiditätsengpässe abzufedern und Arbeitsplätze zu schützen: Wir tragen dazu bei, mit Direkthilfen sowie Programmen von L-Bank und Bürgschaftsbank Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Wir haben den Bürgschaftsrahmen verfünffacht und die Bürgschaftsquote von 50 auf 80 Prozent erhöht. Wir schaffen gemeinsam mit dem Bund Steuererleichterungen und stellen umfassende Beratungsangebote auf verschiedenen Kanälen sicher. Im Rahmen des 1,5 Millionen Euro schweren Corona-Soforthilfepaketes II stellt die grün-geführte Landesregierung nun zusätzlich einen branchenoffenen Soforthilfefonds in Höhe von 775 Millionen Euro bereit und baut damit u. a. eine Liquiditätsbrücke für die kleinen und mittleren Unternehmen im Südwesten. Davon sind 665 Millionen Euro für die Stabilisierungshilfe Corona vorgesehen, mit der besonders betroffene Unternehmen nach Auslaufen der Corona-Soforthilfe I (31. Mai 2020) weitere finanzielle Hilfen in Form nicht rückzahlbarer Zu-

schüsse erhalten. 110 Millionen Euro entfallen auf das Programm Liqui90Plus, mit dem Unternehmen – zusätzlich zum Liquiditätskredit der L-Bank – Tilgungszuschüsse bekommen können.

#### 4. Beteiligungsfonds stärkt unseren Mittelstand

Die grün-geführte Landesregierung stärkt den kleinen und mittleren Unternehmen in der Krise den Rücken. Kredite allein reichen nicht, um finanzielle Engpässe zu überbrücken. Daher legt das Land den Beteiligungsfonds Baden-Württemberg auf. Über diesen Beteiligungsfonds in Höhe von einer Milliarde Euro verschafft das Land den Betrieben frisches Eigenkapital, damit sie liquide und weiterhin kreditwürdig sind, um Investitionen tätigen zu können. Damit schließen wir eine Förderlücke des Bundes, der mit seinem Wirtschaftsstabilisierungsfonds vor allem größere Unternehmen in den Blick nimmt. Wir stabilisieren Produktionsketten und schützen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, wir sichern den Fortbestand der Unternehmen und stärken unseren Wirtschaftsstandort dauerhaft.

Die Instrumente des Beteiligungsfonds umfassen rücklagenfinanzierte Maßnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro; die Mindestbeteiligungshöhe pro Unternehmen beträgt 800.000 Euro. Der Beteiligungsfonds richtet sich an baden-württembergische Unternehmen mit 50 bis 250 Mitarbeitende, die für die Wirtschaft besonders relevant oder z. B. ein wichtiger Arbeitgeber im strukturschwachen Raum sind. Der Jahresumsatz darf höchstens 50 Millionen Euro, die Jahresbilanzsumme höchstens 43 Millionen Euro im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr betragen.

#### 5. Wir stärken Start-Ups den Rücken

Start-ups unterstützen wir mit dem Förderprogramm „Start-up BW Pro-Tect“. Von der Krise betroffene Start-ups sollen kurzfristig mit einem in zwei Jahren rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 200 000 Euro unterstützt werden. Auch Start-ups, die schon die erste Phase – die so genannte Pre-Seed-Phase – hinter sich haben, aber aufgrund der Pandemie in Schwierigkeiten geraten sind, sollen Unterstützung erhalten. Ziel des Förderprogramms ist es, kurzfristige Liquiditätsengpässe bis zur nächsten Finanzierungsrunde zu überbrücken.

Start-Ups profitieren ebenfalls vom branchenoffenen Soforthilfefonds in Höhe von 775 Millionen Euro im Rahmen des Corona-Soforthilfepakets II. Bestandteil dieses neuen Programms ist eine Liquiditätsbrücke für kleine und mittlere Unternehmen. Hier arbeiten wir mit gezielten, nicht rückzahlbaren Zuschüssen, u. a. in Form von Tilgungszuschüssen, um Unternehmen tatkräftig zu unterstützen.

#### 6. Corona-Krisenberatung für Unternehmen

Damit betroffene Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden wieder auf die Füße kommen und für die Zeit nach Corona gerüstet sind, können sie kostenlose Beratung in Anspruch nehmen. Expert\*innen helfen Unternehmer\*innen und Selbstständigen dabei, ihre unternehmerische Lage zu bewerten, Fördermöglichkeiten auszuloten und neue Strategien zu entwickeln. Für die „Krisenberatung Corona“ wurden das Rationalisierungs- und Innovationszentrum BW, die Beratungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Handwerk und Mittelstand, die Beratung des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA und die Unternehmensberatung des Handelsverbands BW beauftragt. Die Krisenberatung soll zunächst mit rund zwei Millionen Euro finanziert werden.

## 7.Hilfe für Solo-Selbstständige, Freiberufler und Klein-Unternehmen

Wir haben unsere Hilfen schnell mit dem Bund abgestimmt. Der Bund unterstützt Solo-Selbstständige und Klein(st)unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeiter\*innen. Unternehmen von zehn bis zu 50 Beschäftigte werden vom Land mit bis zu 30 000 Euro für drei Monate unterstützt, abhängig von der Zahl der Mitarbeitenden. Der Zuschuss erfolgt einmalig und muss nicht zurückgezahlt werden. Über 260 000 Anträge wurden bisher gestellt. Rund 220 000 Anträge in einer Gesamthöhe von über zwei Milliarden Euro wurden inzwischen bewilligt und zur Auszahlung angewiesen. So konnten wir eine Welle an Insolvenzen verhindern. Bei Bedarf können und werden wir die Schutz- und Rettungsschirme erweitern.

Die erfolgreiche Corona-Soforthilfe I läuft zum 31. Mai 2020 aus. Um Unternehmen auch mittelfristig umfassend, schnell und unbürokratisch zu unterstützen, hat die grün-geführte Landesregierung bereits die Fortführung der Hilfen für unsere mittelständischen Unternehmen beschlossen und ein Corona-Soforthilfepaket II aufgelegt.

## 8.Wir schützen den privaten Lebensunterhalt der Solo-Selbstständigen

Baden-Württemberg geht hier voran: Das Land fördert die privaten Lebenshaltungskosten von Solo-Selbstständigen, Künstlern und Kleinstunternehmerinnen mit 1 180 Euro im Monat. All jene, die unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben in Baden-Württemberg prägen, müssen jetzt nicht Hartz IV beantragen.

## 9.Wir haben Kunst und Kultur im Blick

Kultur ist unverzichtbar für eine weltoffene und pluralistische Gesellschaft, denn sie eröffnet Begegnungsorte und Reflexionsräume. Mit dem „Masterplan Kultur BW – Kunst trotz Abstand“ schaffen wir weitere Öffnungsperspektiven. Wir ermöglichen neue Formate, die Wiederaufnahme von Proben mit mehr als fünf Personen für professionelle Theater, Orchester und Chöre und unterstützen mit Soforthilfen und Notprogrammen. So können die fehlenden Einnahmen aus den Eintrittsgeldern abgedeckt werden, Betriebe wieder anlaufen und Kulturschaffende mit künstlerischen Programmen und Projekten durchstarten. 40 Millionen Euro nimmt die grün-geführte Landesregierung dafür im Rahmen des Corona-Soforthilfepakets II in die Hand.

Mit einem Nothilfefonds im Umfang von bis zu 32,5 Mio. Euro helfen wir wirtschaftlich gefährdeten Kunst- und Kultureinrichtungen sowie Vereinen der Breitenkultur. Mit einem Impulsprogramm „Kunst trotz Abstand“ und 7,5 Millionen Euro fördern wir kulturelle Veranstaltungen, die trotz der aktuellen Beschränkungen und unter Einhaltung von Auflagen umgesetzt werden können; darunter das 2,5 Millionen Euro starke Programm „Kultur Sommer 2020“ mit Fördersummen von 5.000 bis 50.000 Euro, mit denen es zunächst für kleine Veranstaltungen ab Juni wieder losgehen kann. Weitere 500.000 Euro stehen bereit, damit Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre ein Jahr lang freien Eintritt in die Landesmuseen haben.

Zusätzlich hat die Medien- und Filmfördergesellschaft in Baden-Württemberg einen Notfallplan für die Filmbranche mit verschiedenen Maßnahmen aufgelegt: Verzicht auf Rückzahlungen bei Kinoinnovationsdarlehen, Verzicht auf Darlehensrückzahlungen bei Produktions- und Verleihför-

derungen, Erhöhung der Kinopreise für gewerbliche Kinos (5 000 Euro je Kino) und Förderung bei abgebrochenen Produktionen.

#### 10. Wir unterstützen unsere Landwirtschaft

Mit Soforthilfen unterstützen wir auch unsere Landwirtinnen und Landwirte, die durch die Corona-Krise in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Für sie gelten dieselben Fördersätze wie für die übrige Wirtschaft. 9 000 für Solo-Selbstständige und Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten; 15 000 für Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten; 30 000 für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten.

#### 11. Wir unterstützen die Kommunen und greifen Familien unter die Arme

Die grün-geführte Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich auf ein Soforthilfeprogramm für die Kommunen und ein Hilfsnetz für Familien verständigt: 200 Millionen Euro erhalten Städte, Kreise und Gemeinden als Pauschale für April und Mai vom Land, um Familien zu entlasten und die örtliche Daseinsvorsorge sicher durch die Krise zu bringen.

Die Kommunen haben damit Spielräume bekommen, Eltern von Kita-Gebühren, Schulbuskosten oder Beiträgen für die Musikschule zu entlasten, können Einnahmeverluste von Volkshochschulen und Bibliotheken abfedern oder soziale Dienste unterstützen.

Zudem stellt das Land den Kommunen Beatmungsgeräte und Schutzausrüstung zur Verfügung und übernimmt die Kofinanzierung für die Beschaffung von digitalen Endgeräten zur Leihgabe an Schülerinnen und Schüler, die weder Laptop noch Tablet haben.

Um auch für die weiteren Monate die Liquidität der Kommunen zu sichern, hat sich unsere Finanzministerin Edith Sitzmann mit den Kommunalen Landesverbänden geeinigt, dass die Kommunen einen weiteren Vorschuss in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro für das erste Halbjahr 2020 erhalten. Für die Grüne Landtagsfraktion ist es selbstverständlich, dass wir unsere Kommunen mit einem starken Impuls- und Konjunkturprogramm unterstützen werden. Die kommunale Seite nimmt einen großen Teil der Investitionen vor, die wir zügig und zielgerichtet anschieben wollen. Die Kommunen haben angekündigt, ihre Zahlen Mitte Juni auf den Tisch legen zu können. Dann werden wir gemeinsam die passgenauen Hilfen besprechen – auch zur Sicherstellung von Bildung und Kinderbetreuung vor Ort.

Gerade Krisenzeiten ist es notwendig, dass unsere Kommunalparlamente handlungs- und beschlussfähig bleiben. Deshalb haben wir einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung eingebracht, wonach die kommunalen Gremien-Sitzungen in schwerwiegenden Ausnahmesituationen nunmehr dauerhaft per Videokonferenz möglich sind. So machen wir die Kommunalparlamente krisenfest.

Die Grüne Landtagsfraktion hat sich besonders dafür eingesetzt, dass die Anregungen von ‚Mehr Demokratie e.V.‘ zum Schutz von Bürgerbegehren und Einwohneranträgen im Gesetz berücksichtigt werden. Nach derzeitiger Gesetzeslage gelten enge Fristen für das Sammeln von Unterschriften. Die derzeitige Pflicht zur Kontaktreduktion verringert den möglichen Erfolg von Bürgerbegehren gravierend - Bürgerbegehren wären praktisch ausgehebelt. Das widerspricht unserem Demokratieverständnis; deshalb werden diese Fristen bis Ende des Jahres ausgesetzt.

## 12. Wir stellen das Kindeswohl in den Mittelpunkt

Wir haben von Anfang an eine Notbetreuung organisiert – zunächst für Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten. Die Ausweitung der Notbetreuung auf Kinder derjenigen, die präsenzpflichtig sind, und auf Kinder bis zur siebten Klasse, sind weitere wichtige Schritte. Wir haben für eine stärkere Priorisierung nach sozialen Kriterien gesorgt. Denn das Kriterium „präsenzpflichtige Arbeit“ differenziert aus unserer Sicht zu wenig. Wir müssen das Kindeswohl in den Mittelpunkt rücken und Vorrang für Kinder in schwierigen familiären Situationen schaffen. Auch Alleinerziehende sind in der aktuellen Situation noch stärker belastet.

## 13. Wir lassen Studierende nicht allein

Baden-Württemberg legt einen Studierenden-Nothilfefonds mit einer Million Euro für Härtefälle auf – für Studierende, die aufgrund der Corona-Pandemie ihre Nebenjobs verloren haben und damit in eine finanzielle Notlage geraten sind. Studienabbrüche aus finanziellen Gründen müssen verhindert werden. Unsere Unterstützung soll so schnell und unkompliziert wie möglich bei den Studierenden ankommen.

Das Sommersemester an unseren Hochschulen ist das erste Online-Semester in der Geschichte unseres Landes. Dadurch wird es kein verlorenes Semester geben. Nachteile für Studierende wollen wir vermeiden, so gut es geht. Dafür schaffen wir in den kommenden Tagen mit einer Änderung des Landeshochschulgesetzes auch den rechtlichen Rahmen, indem wir beispielsweise fachsemesterbezogene Prüfungsfristen verlängern. Wir wollen darüber hinaus schauen, wie wir z. B. beim Thema Digitalisierung unsere Hochschulen weiter unterstützen können.

## 14. Wir stärken unsere Hochschulen

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich der besondere Wert von kluger, wissenschaftsgeleiteter Politik. Wir haben den Hochschulfinanzierungsvertrag II in den vergangenen Wochen erfolgreich verhandelt. Wir garantieren unseren Hochschulen in Baden-Württemberg über die nächsten fünf Jahre hinweg 1,8 Milliarden Euro zusätzliches Geld und sichern damit die Hochschulfinanzierung auch in schwierigen Zeiten ab.

## 15. Wir sichern die Unikliniken ab

Den Universitätskliniken kommt in der Bekämpfung der Pandemie eine besondere Rolle zu, sie müssen funktionsfähig bleiben. Deshalb greift ihnen das Land unter die Arme: Mit bis zu 600 Millionen Euro soll der laufende Betrieb gesichert und in den Ausbau von Intensivkapazitäten investiert werden. Weitere 15 Millionen Euro werden für die Covid-19-Forschung bereitgestellt.

## 16. Wir ermöglichen die Pflegeprämie

Beschäftigte der Altenpflege bekommen einen steuerfreien Bonus: je nach Arbeitsumfang bis zu 1 500 Euro, Azubis kriegen 900 Euro. Gesundheitsminister Manne Lucha hat sich dafür stark gemacht, dass das Land die fehlende Teilfinanzierung stemmt und mit 30 Millionen Euro ein Drittel der Kosten trägt. Eine echte Würdigung der enormen Leistungen über lobende Worte hinaus. Wir setzen uns auch dafür ein, dass diese Pflegeprämie auf die Mitarbeiter\*innen in weiteren pflegenden Bereiche erweitert wird.

## 17. Wir unterstützen Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz

Ehrenamtlichen, die in Organisationen des Bevölkerungsschutzes bei der Bekämpfung von Corona helfen, soll kein finanzieller Nachteil entstehen. Mit 15,3 Millionen Euro gleicht die grün-geführte Landesregierung Verdienstaufschläge, Aufwendungen und Sachschäden aus.

## 18. Wir schaffen Raum für Schutzsuchende

Häusliche Enge, existenzielle Sorgen und die Bewältigung einer Vielzahl von Anforderungen bedeuten für Familien hohe Belastungen und verschärfen ohnehin schon angespannte Verhältnisse zusätzlich. Mit einem Soforthilfe-Fonds in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro unterstützen wir die Frauen- und Kinderschutzhäuser und Beratungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt, damit diese auch in Krisenzeiten die telefonische und virtuelle Beratung sicherstellen können. Auch für die Hilfe vor Ort ist gesorgt: Die Frauen- und Kinderschutzhäuser im Land bieten sichere Schutzräume an. Weil Abstandsregelungen und eine eventuelle Quarantäne den Platzbedarf erhöhen, unterstützt das Land die Frauen- und Kinderschutzhäuser dabei, regionale Ausweichquartiere und neue Schutzräume zu finden und bereitstellen zu können, indem es die Anmietung bezuschusst. 275.000 Euro stehen hierfür zur Verfügung.

Mit der „Soforthilfe für Obdachlose“ unterstützen wir Stadt- und Landkreise finanziell, zusätzliche geeignete Räumlichkeiten für Obdachlose zu finden, die eine Notübernachtung sicherstellen und tagsüber zum Aufenthalt geöffnet sind. Hierfür stehen 500 000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich zu den Hilfen für mehr Räume stellen wir im Rahmen einer Vereinbarung mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege weitere 250 000 Euro für die Versorgung von Obdachlosen bereit.

## 19. Hilfe für Menschen in seelischer Not

Die Pandemie und die Einschränkungen bringen Menschen an seelische Grenzen. Um die Belastungen abzufedern, hat das Land - in Ergänzung zur normalen Telefonseelsorge - eine psychosoziale Hotline eingerichtet: die Corona-Hotline. Psychotherapeuten sowie Fachkräfte aus der psychiatrischen Versorgung in Kliniken und Beratungsstellen betreuen die Hotline ehrenamtlich. Sie ist ein Angebot des Gesundheitsministeriums, des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit, der Landesärzte-, der Landespsychotherapeutenkammer und der Kassenärztlichen Vereinigung.

## 20. Wir fangen die Kosten für Schülertickets auf

Wenn Schulen geschlossen sind bzw. der Präsenzunterricht eingeschränkt ist, bleiben die Kinder zu Hause und die Schulbusse leer. Damit die Eltern nicht auf den Kosten für die nicht genutzten Ticket-Abos sitzen bleiben, nimmt die grün-geführte Landesregierung fast 37 Millionen Euro in die Hand und übernimmt die Raten für zwei Monate. So greifen wir all jenen Eltern, die die Abos nicht gekündigt haben, finanziell unter die Arme; gleichzeitig fangen wir weitere drohende Einbußen im Nahverkehr mit vielen mittelständischen Busunternehmen auf.

## 21. Wir stärken den öffentlichen Verkehr und die Reisebusbranche

Schule, Arbeit, Einkaufen: Wir sind auf einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Als erstes Bundesland spannt Baden-Württemberg einen Rettungsschirm über den

ÖPNV und die Reisebusbranche, damit sie gut durch die Krise kommen. Die Mittel in Höhe von 240 Millionen Euro kommen aus dem Corona-Soforthilfepaket II: 200 Millionen Euro stellt das Land für den öffentlichen Verkehr mit Bahnen und Bussen bereit, um die gravierenden Einnahmeausfälle wegen fehlender Ticketverkäufe und Abo-Kündigungen aufzufangen. Dazu kommen 40 Millionen Euro für die meist kleinen und mittleren Reisebusunternehmen, deren Einnahmen fast vollständig weggebrochen sind. Diese Hilfen tragen dazu bei, Ausfälle zu kompensieren und Unternehmen vor der Pleite zu bewahren. Weil die Klimakrise keine Pause macht, darf der ÖPNV als wesentlicher Teil der Mobilitätswende nach der Krise nicht schlechter dastehen als vorher.

## 22. Wir helfen Gastronom\*innen und Hoteliers

Nach Monaten der Schließung läuft auch bei den Hoteliers und Gastronom\*innen langsam der Betrieb wieder an – unter Infektionsschutzauflagen und der Zurückhaltung vieler Gäste. Ab 2. Juni dürfen auch Kneipen und Bars wieder Gäste empfangen. Doch bisher sind lediglich die Außenbereiche der Gaststätten ganz gut besucht. Um die Nöte der Hoteliers und Gastronom\*innen abzumildern, das Überleben ihrer Betriebe und den Erhalt vieler Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, leistet die grün-geführte Landesregierung eine schnelle Stabilisierungshilfe in Höhe von 330 Millionen Euro aus dem Corona-Soforthilfepaket II. Damit sie in der Krise zahlungsfähig bleiben, erhalten betroffene Betriebe für einen Zeitraum von drei Monaten eine einmalige Liquiditätsbrücke in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse in Höhe von bis zu 3.000 Euro pro Betrieb und nochmal 2.000 Euro pro Vollzeitkraft bzw. -äquivalent. Die Landesmittel sollen mit einem angekündigten Bundesprogramm harmonisiert werden.

## 23. Anschluss für alle Schüler\*innen

Auch wenn die Präsenzzeiten an den Schulen Stück für Stück erweitert werden, bleibt Fernunterricht und Lernen zu Hause in den nächsten Monaten Alltag. Damit auch Schüler\*innen ohne ein digitales Endgerät mit ihrem Lernstoff am Ball bleiben, stellt die grün-geführte Landesregierung 65 Millionen Euro bereit und verdoppelt die Sofortmittel des Bundes damit auf 130 Millionen Euro. 300.000 Laptops und Tablets können nun angeschafft werden, damit alle Schüler\*innen, die bisher kein geeignetes digitales Endgerät haben, mit einer Leihgabe ausgestattet werden können, und kein Kind den Anschluss verliert. Die 65 Millionen Euro kommen aus dem Corona-Soforthilfepaket II des Landes. Verwendet werden sie nicht nur für die Beschaffung der Geräte, sondern auch für Programme und Zubehör, damit sie effektiv bedient werden können. Auch können die Mittel für eine geeignete technische Ausstattung der Schulen verwendet werden, um die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote zu ermöglichen.

## 24. Wir fördern das Vereinsleben

Die Vereine und ihr vielfältiges bürgerschaftliches Engagement sind wichtige Orte der Gemeinschaft, der Teilhabe und des Zusammenhalts. Um ihnen finanziell unter die Arme zu greifen, Einnahmeausfälle abzufedern und den Ehrenamtlichen die Wiederaufnahme ihrer vielfältigen Aktivitäten für die Bevölkerung vor Ort zu erleichtern, nimmt die grün-geführte Landesregierung im Zuge des Corona-Soforthilfepakets II 50 Millionen Euro in die Hand. Angesprochen sind Sport- und Musikvereine genauso wie Vereine im sozialen, kulturellen Bereich oder im Naturschutz. Gut 10 Millionen Euro steckt das Land beispielsweise in die in Landesverbänden organisierten Ver-



eine der Amateurmusik, des Amateurtheaters, der Heimatpflege sowie weitere Vereine der Breitenkultur.